

Vom Sozialarbeiter zum Influencer

Endrit Sadiku, Co-Geschäftsleiter der Jugendarbeit Basel, im Interview zum neuen Projekt «Positive Influencing».

Gian Gaggiotti

Gemeinsam mit Louise Jordi und Marc Moresi leitet Endrit Sadiku die Jugendarbeit (Juar) Basel. Im Mai 2026 haben sie ihr Pilotprojekt «Positive Influencing» lanciert. Das Ziel des Projekts ist es, Jugendliche im digitalen Raum zu begleiten und potenziell gefährliche Trends schnell zu erkennen und darauf zu reagieren.

Herr Sadiku, was muss man sich unter «Positive Influencing» vorstellen?

Endrit Sadiku: Seit Mai haben wir ein Team aus zwei Fachpersonen, die jeweils zu 20 Prozent angestellt sind. Sie beobachten Trends in den sozialen Medien, suchen den Austausch mit Jugendlichen und produzieren Präventionsinhalte für unsere Kommunikationskanäle. Zusätzlich leisten die beiden Angestellten die ganze Woche abwechselnd Pikettdienst. So sind wir jeden Tag mindestens zehn Minuten lang auf unseren Online-Kanälen unterwegs und können Kommentare und Nachrichten beantworten. Die Erkenntnisse aus diesen Interaktionen kann unser Social-Media-Team an die Mitarbeitenden in unseren Jugendzentren weitergeben.

Sie werden also selbst zu Influencern?

Ja, genau das ist das Ziel. Wir bauen eigene Influencerinnen und Influencer aus der Sozialen Arbeit auf. Wir haben in der Konzeptentwicklung beschlossen, nicht mit etablierten Influencerinnen und Influencern zusammenzuarbeiten. Diese sind mittlerweile fast unbezahlbar und haben ihre Reichweite mit spezifischen Inhalten aufgebaut. Das wäre unglaublich und würde nicht zu unserem Präventionsansatz passen.

Das Internet wird täglich mit neuen Influencerinnen und Influencern geflutet. Weshalb braucht es solche aus der Sozialen Arbeit?

Wir erleben täglich, dass Jugendliche sich mit Problemen beschäftigen, die ihren Ursprung nicht auf dem Pausenplatz haben, sondern auf Tiktok,

Instagram oder in Whatsapp-Gruppen. Dort werden sie mit Cybermobbing, KI-Deepfakes und teilweise gefährlichen Trends konfrontiert. In den letzten zwei Jahren haben wir gemerkt, dass wir diesen Trends in den sozialen Medien immer mehr hinterherhinken. Gerade bei gefährlichen Trends wie der Piloten-Challenge oder den Amokdrohungen vor anderthalb Jahren, von denen auch Basler Schulen betroffen waren, müssen wir den Jugendlichen dabei helfen, diese Inhalte einordnen zu können. Uns folgen heute schon über unsere Kanäle Tausende junge Menschen, diese Ressource wollen wir nutzen und die Offene Jugendarbeit an die veränderte Lebenswelt anpassen.

Welche Reaktionen haben Sie bisher auf das neue Projekt erhalten?

Wir stehen am Anfang und haben bisher drei Videos veröffentlicht. Diese sind sehr gut angekommen. Das merken wir einerseits an den höheren Klickzahlen im Vergleich zu vorher und andererseits an den Kommentaren und Nachrichten. Die Jugendlichen schauen unsere Inhalte und kommen mit uns ins Gespräch. Unser Ziel ist es aber nicht, möglichst viele Klicks zu sammeln, sondern niederschwellig erreichbar zu sein. Gerade für jene jungen Menschen, die nicht regelmässig in unsere Jugendzentren kommen.

Wie konnte dieses Projekt finanziert werden?

Die Johann Wolfgang von Goethe-Stiftung hat die Finanzierung des Projekts für zwei Jahre zugesagt. Pro Jahr erhalten wir von ihr einen mittleren fünfstelligen Betrag für unsere neue Strategie «Digitale Jugendarbeit». Darin enthalten ist das Projekt «Positive Influencing», aber auch Grundlagenarbeit, wie die Entwicklung eines Positionspapiers, Weiterbildungen für unsere Mitarbeitenden sowie eine interne Fachgruppe. Die Fachgruppe besteht aus zehn Mitarbeitenden – je eine Person aus dem Ressort Social Media aus jedem unserer Jugendzentren. Sie tauschen sich



Endrit Sadiku hat einen Master in Sozialer Arbeit und arbeitet seit mehreren Jahren in der Offenen Jugendarbeit Basel.

Bild: Katja Schmidlin

über Trends aus, ergänzen das Trendmonitoring und fungieren im Ereignisfall als interne Anlaufstelle.

Und was passiert nach diesen zwei Jahren?

Nach einem Jahr werden wir einen Zwischenbericht verfassen. Dann werden wir mit dem Kanton ins Gespräch gehen und schauen, ob das Projekt in die Regelfinanzierung der Juar Basel aufgenommen wird. Was schon jetzt klar ist: Mit den ra-

santen Veränderungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und von Deepfakes wird das Thema auch in zwei Jahren nicht kleiner werden.

Ein Ansatz, diese Probleme zu lösen, wäre ein Social-Media-Verbot für Jugendliche, wie es in einigen Ländern diskutiert wird. Beispielsweise Frankreich hat kürzlich ein Verbot für unter 15-Jährige beschlossen. Was halten Sie davon?

Meiner Meinung nach ist das der falsche Weg, um diese Probleme anzugehen. Solche Verbote können mit den modernen technischen Möglichkeiten leicht umgangen werden, oder es entsteht einfach ein Verdrängungseffekt auf andere Plattformen. Diese Effekte konnte man zuletzt in Albanien beobachten, wo 2025 ein Tiktok-Verbot für Jugendliche eingeführt wurde. Wer heute Jugendliche begleiten möchte, muss ihr Smartphone verstehen. Nur so sind

vertrauensvolle und präventive Gespräche mit jungen Menschen möglich.

Mit welchen Herausforderungen sieht sich die Jugendarbeit durch diese Veränderungen konfrontiert, muss sie sich selbst verändern?

Offene Jugendarbeit bedeutet schon lange nicht mehr nur Pingpong mit den Jugendlichen zu spielen. Die moderne Jugendarbeit darf nicht an der Tür des Jugendzentrums enden. Die grösste Veränderung ist nämlich, dass sich die Lebenswelt Jugendlicher nicht mehr in analog und digital aufteilen lässt. Diese klare Trennung machen nur Erwachsene. Für Jugendliche gehören die beiden Welten zusammen und verschwimmen teilweise ohne klaren Übergang. Wir dürfen die Jugendlichen in der digitalen Welt nicht allein lassen.

Braucht es dann in ein paar Jahren noch Jugendzentren, oder wird Jugendarbeit nur noch im Internet geleistet?

Nein, aufgrund unserer Erfahrungen mache ich mir keine Sorgen, dass sich die Jugendlichen in der digitalen Welt abkapseln. Das zeigen die hohen Besuchszahlen vor Ort. Die Jugendlichen sagen, dass sie froh sind, abseits des Schultags ihre Kolleginnen und Kollegen in den Jugendzentren treffen zu können. Das zeigen auch verschiedene Jugendbefragungen, die der Kanton und die Fachhochschule durchgeführt haben. Und wir passen unser Angebot laufend an, beispielsweise mit Workshops zu Medienkompetenz.

Was muss in Basel konkret passieren, um eine moderne Jugendarbeit sicherzustellen?

Ich finde, Basel sollte den Mut haben, auch weiterhin Innovationen in der Offenen Jugendarbeit zuzulassen. Die Gesellschaft verändert sich unglaublich schnell. Wir als Fachpersonen brauchen Freiraum, um neue Ansätze zu entwickeln und uns an diese Veränderungen anzupassen. Gleichzeitig dürfen wir das Fundament der Offenen Jugendarbeit, die Jugendzentren, nicht vernachlässigen.

Basler Justiz möchte digital werden

Basel-Stadt schreibt eine Plattform-Lösung für die papierlose Rechtspflege aus. 701 Arbeitsplätze sollen angeschlossen werden.

Fabian Schwarzenbach

Wer mit der Justiz zu tun hat, macht das oft noch auf Papier. Doch damit soll Schluss sein. Auf nationaler Ebene sorgt das Projekt Justitia 4.0 für mehr digitalen Austausch, und nun macht auch Basel-Stadt einen weiteren Schritt zum papierlosen Büro. Zusammen mit Glarus und Schaffhausen möchte der Kanton eine Digitalisierungsplattform für die Rechtsgeschäfte beschaffen.

Viele Abläufe bei Gerichten, der Staatsanwaltschaft, dem Erbschaftsamt, verschiedenen Rekurskommissionen und dem Amt für Justizvollzug sind aktuell noch papierbasiert. Unterschiedliche Anwendungen und Insellösungen erschweren den Datenaustausch. Die bestehenden Systeme sind veraltet und nur teilweise kompatibel. Die neue Plattform soll die Bearbeitung der Fälle durch alle Instanzen ermöglichen. Dabei sollen zudem auch Schnittstellen zur

Polizei und zum Bund eingebaut werden.

Dass es sich dabei um heikle Personendaten handelt, ist selbstredend. So werden Anklageschriften, Urteile oder angeordnete Massnahmenentscheide durch die Glasfaserkabel gejagt.

Kein Standardprodukt für die Justiz

Die Auftraggeber wollen kein «Justiz-spezifisches Standardprodukt». Die komplexen Ge-

schäftsprozesse sollen flexibel abgebildet werden. Ausgeklügelte Taten im Strafrecht oder schwierige Erbfolgen im Zivilrecht müssen vollständig ihren Platz im digitalen Umfeld finden können. Gesetzesänderungen, Reformen und technologische Entwicklungen sind weitere Gründe, weshalb es keine starren Lösungen geben soll. Gleichzeitig muss auch die laufende Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS) ins Projekt fliessen.

Vier Kriterien sind für den Zuschlag massgebend. Der Preis wird mit 30 Prozent gewichtet, die technische Lösung und das organisatorische Konzept mit je einem Viertel und die Präsentation der Anbieter mit 20 Prozent.

In Basel sollen 701 Arbeitsplätze mit der Plattform ausgestattet werden, die Hälfte davon bei der Staatsanwaltschaft. Bei den Mitauftraggebern Glarus und Schaffhausen 63 respektive 79 Arbeitsplätze. Die Verträge mit dem Sieger der Ausschrei-

bung werden die Kantone jeweils separat abschliessen.

Bis zum 31. August dieses Jahres haben Interessenten Zeit, ihr Angebot einzureichen. Dann werden in einer Dialogphase mit den drei bestplatzierten Anbietern die Details diskutiert. In einem Jahr müssen die definitiven Offerten eingehen. Am 31. Oktober 2027 werden die Zuschläge bekannt gegeben. Die jeweiligen Kantone müssen die entsprechenden Kredite anschliessend genehmigen.